

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 19 (1978)
Heft: 12

Artikel: Misstrauen für Normalisierung : die Kirche in der DDR : ein Aushängeschild für kommunistische Humanität?
Autor: Seiler, J. Jürgen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094113>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Kirche in der DDR:

ein Aushängeschild für kommunistische Humanität ?

Misstrauen für Normalisierung

Eine Analyse von Pfarrer J. Jürgen Seiler

Diesen Frühling war es in der DDR zu einem Treffen zwischen dem Parteichef Erich Honecker und der evangelischen Kirchenführung des Landes gekommen. Die Ueberraschung war um so grösser, als das «Normalisierungsgespräch» völlig gegenläufig zum Trend wirkte, der seit dem Freitod von Pfarrer Brüsewitz im August 1976 bemerkbar geworden war. Denn das Regime hatte darauf so reagiert, dass es kirchliche Versuche zur Selbstfindung mit Nachdruck und «Massnahmen» eindämmte. Versucht man jetzt, zu einem Modus vivendi mit der Kirche zu kommen, oder will man vielmehr die Kirche endlich ganz so staatsfromm machen, wie es die orthodoxe Kirche in der UdSSR ist?

Pfarrer Seidel, der vor vier Jahren aus der DDR in die Schweiz kam, geht hier auf die beidseitigen Angebote und auf die Reaktion der Gläubigen ein, die der allzu plakatierten Versöhnung nicht recht glauben. Von ihrem Misstrauen ist auch die eigene Kirchenobrigkeit nicht ausgenommen.

Am 6. März dieses Jahres veröffentlichte die ostdeutsche Parteizeitung «Neues Deutschland» auf ihrer Titelseite eine «Gemeinsame Pressemitteilung» über ein Gespräch zwischen dem Generalsekretär der SED und evangelischen Kirchenvertretern in der DDR. Dazu waren in Grossformat der Parteichef und die beiden Bischöfe Schönherr und Krusche abgebildet. Für die meisten «ND»-Leser brachte diese Information eine Ueberraschung. Wieso?

1958 und 1968

Zehn Jahre sind vergangen, seit einem ostdeutschen Bischof ein Platz auf der Titelseite des Zentralorgans der Staatspartei eingeräumt wurde. Am 1. April 1968 war der inzwischen verstorbene Thüringer Landesbischof Mitzenheim zu sehen neben seinem Aufruf: «Ich erwarte das Ja der christlichen Mitbürger zur neuen Verfassung.» Damals eilte der Kirchenmann seinem Altersgenossen Ulbricht zu Hilfe, um die christliche Wählerschaft für die sozialistische Verfassung zu gewinnen. Die SED unter Ulbrichts Stab wollte ihrem Führungsanspruch im Volk einen legalen Anstrich geben und liess deshalb selbst einen Bischof auf der Titelseite ihrer Zeitung erscheinen. Weitere zehn Jahre zuvor, im Juli 1958, fand das letzte Spitzengespräch zwischen ostdeutscher Re-

gierung und evangelischer Kirche in Ostberlin statt. Staatlicher Gesprächspartner war aber nicht der Parteichef, sondern Ministerpräsident Grotewohl. Zudem blieb kirchlicherseits das von der Parteizeitung veröffentlichte Schlussprotokoll ohne Zustimmung. Die darin gewünschte Respektierung einer «Entwicklung zum Sozialismus» in der DDR wurde von der Kirche abgelehnt.

Das erste Gespräch seiner Art

So war also das kürzlich geführte Gespräch das erste seiner Art in der ostdeutschen Kirchengeschichte (und wohl auch der osteuropäischen) seit 1918. Wie kam es dazu?

In einer nachfolgenden Stellungnahme zum Gespräch hat die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR betont:

«Mit dieser Begegnung wurde einem von den Kirchen seit langem immer wieder betonten Anliegen entsprochen, mit massgeblichen Vertretern des Staates anstehende grundsätzliche und praktische Fragen und die Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu erörtern.»

Damit registrierten die Kirchenmänner einen langen und mühsamen Weg im Zickzackkurs zur Erreichung verbindlicher Aussagen seitens des Staates zum Thema Christsein in der DDR.

Hin und wieder wurde in regionalen Parteizeitungen der DDR über Gespräche zwischen untergeordneten Funktionären und Kirchenvertretern berichtet. Zuweilen führte auch der Staatssekretär für Kirchenfragen, Seigewasser, selbst solche Unterredungen. Aber häufig blieb es bei kirchlichen Beschwerden über Diskriminierungen von Christen im Alltagsleben und unverbindlichen Antworten der Genossen. Teilerfolge wurden gezeitigt, wenn konkrete Fälle «mit Namen und Hausnummer zur Sprache gebracht werden konnten».

Brüsewitz und Folgen

Im Jahre 1976 hatte der Leiter des Ostberliner Kirchenbundsekretariats erneut um ein Gespräch mit Vertretern des Volksbildungsministeriums gebeten. Einige Monate später erhielt er die Antwort, dass «staatlicherseits ein solches Grundsatzzgespräch nicht für erforderlich gehalten» werden, da kein Interesse an Benachteiligungen von christlichen Kindern bestünde. Nicht lange danach erschütterte der Flammentod des Pfarrers Brüsewitz die Oeffentlichkeit in und ausserhalb des kommunistischen Staates.

Den Tod von Brüsewitz haben die ostdeutschen Kirchen zuerst als Anfrage an sich und ihre Arbeit verstanden: «Seid ihr noch die Kirche des Herrn? Oder habt ihr euren Frieden mit der Welt gemacht?» Die Kirchenleitungen haben in einem Brief an ihre Gemeinden ihre tiefe Be-

Kleintest der Gefängnisseelsorge

Die evangelischen Kirchen in der DDR setzen sich dafür ein, dass den Strafgefangenen seelsorgerliche Betreuung und die Möglichkeit zur Teilnahme an Gottesdiensten gegeben wird, erklärte der mecklenburgische Landesbischof Dr. Heinrich Rathke in einem Interview mit dem «Berliner Sonntagsblatt». Diese Frage sei mit Vertretern der mecklenburgischen Landeskirche besprochen worden, und in Kürze sollen in der mecklenburgischen Strafanstalt Neustrelitz Gottesdienste abgehalten werden. In Bützow werden, wie der «berliner kirchenreport» vom 11. 5. 1978 weiter berichtete, bereits Andachten durchgeführt.

Dies wäre ein Schritt zur Verwirklichung der im Gespräch zwischen Honecker und den Vertretern der DDR-Kirchen angeschnittenen Frage der Verbesserung der Seelsorge in Strafanstalten sowie in Alters- und Pflegeheimen.

(In der Sowjetunion ist es den Kirchen durch die Kultgesetzgebung und die Verfügungen des Amtes für die Angelegenheiten der [orthodoxen] Kirche ausdrücklich verboten, Kulthandlungen in Spitälern, auf Friedhöfen oder in Krematorien sowie in Strafanstalten vorzunehmen.)

unruhmung ausgedrückt. Seine Tat und die Wirkungen «zeigen erneut die Spannungen, die durch unsere Gesellschaft gehen, und die Zerreissproben, in die viele gestellt sind». Die Zustimmung und Identifizierung zahlreicher DDR-Einwohner mit dem Protest des Pfarrers liessen und lassen deren Unzufriedenheit und psychische Belastungen durch das kommunistische Regime ahnen.

In gleicher Betroffenheit hatte die Partei versucht, jenes Geschehen von Zeitz in seiner Brisanz als bedeutungslose Wahnsinnstat herunterzuspielen und alle sachlich-klärenden Publikationen in Kirchenzeitungen zu verbieten. Es ist auffallend, dass nur wenige Wochen nach der Selbstverbrennung der Parteichef persönlich vor der Ostberliner Volkskammer erklärte, «die sozialistische Gesellschaft bietet jedem Bürger, unabhängig von Alter und Geschlecht, Weltanschauung und religiösem Bekenntnis, Sicherheit und Geborgenheit, eine klare Perspektive und die Möglichkeit, seine Fähigkeiten und Talente, seine Persönlichkeit völlig zu entfalten».

In der Folgezeit haben Christen jene Honecker-Zusicherung wörtlich genommen und zugleich ihre kritische Mitverantwortung in gesamtgesellschaftlichen Fragen erneut bekräftigt. Jedoch waren sie gezwungen, einschränkend hinzuzufügen: «Offenbar sind solche klaren Worte bisher noch nicht Allgemeingut geworden, dass man ihre Wirkung überall spürt.»

Mit um so mehr Erstaunen reagierten viele Christen der DDR auf die Nachricht von jenem Gespräch, dessen Vorbereitungen in der Verschwiegenheit geführt worden waren.

Was (halbwegs) vereinbart wurde

Erstaunt wären sie unter anderem deshalb, weil in jüngster Vergangenheit keine Anzeichen einer Klimaverbesserung zu verzeichnen waren. Im Gegenteil: Die Parteigagatoren haben das Jahr 1978 für die junge Generation als Studienjahr «Atheismus» bestimmt. Für die Schüler der 9. und 10. Klassen wird ab nächstem Schuljahr Wehrunterricht durch uniformierte Militärs gehalten. Und weiterhin wird christlicher Glaube

abgewertet als Relikt einer vergangenen Zeit. So ist es verständlich, dass viele Christen jenseits der Mauer mit Skepsis die Uebereinkunft betrachten. Andererseits gibt das Communiqué die Liste der anstehenden Probleme in der DDR-Kirche wieder.

Während das «Neue Deutschland» lediglich davon sprach, dass «verschiedene Sachfragen erörtert bzw. einer Lösung zugeführt» worden sind und in lediglich sieben Zeilen konkreter wurde, blieb es den kirchlichen Informationsträgern vorbehalten, Einzelheiten zu veröffentlichen:

- *kirchliche Bauvorhaben* (Kirchen, Gemeindehäuser) werden nach Absprache (und mit Devisen) ermöglicht;
- *Fernsehen und Rundfunk* werden für kirchliche Sendungen geöffnet bzw. Sendezeit erweitert;
- zum *Lutherjubiläum 1983* werden die notwendigen Vorbereitungen seitens der Kirche durch den Staat ermöglicht;
- *Seelsorge in öffentlichen Einrichtungen* (Strafvollzug, Alters- und Pflegeheime) wird ermöglicht bzw. ausgedehnt;
- *kirchliche Mitarbeiter* dürfen der staatlichen Versicherung beitreten, um ihre *Altersversorgung* zu gewährleisten;
- die *Einfuhr kirchlicher Literatur* aus dem westlichen Ausland wird in vermehrtem Masse erlaubt;
- *kirchliche Kindergärten* werden in ihrem gegenwärtigen Bestand beibehalten (weitere Schliessungen durch den Staat sind nicht vorgesehen);
- *kirchliche Landwirtschaftsbetriebe und Friedhöfe* erfahren eine finanzielle Besserstellung durch Angleichung an staatliche Einrichtungen.

«Was ‚Kirche im Sozialismus‘ ist, bewährt sich zuallererst daran, ob der einzelne Bürger in der sozialistischen Gesellschaft der DDR mit seiner Familie als bewusster Christ leben und das Vertrauen haben kann, dass ihm und allen Christen dies auch in Zukunft möglich sein wird.»

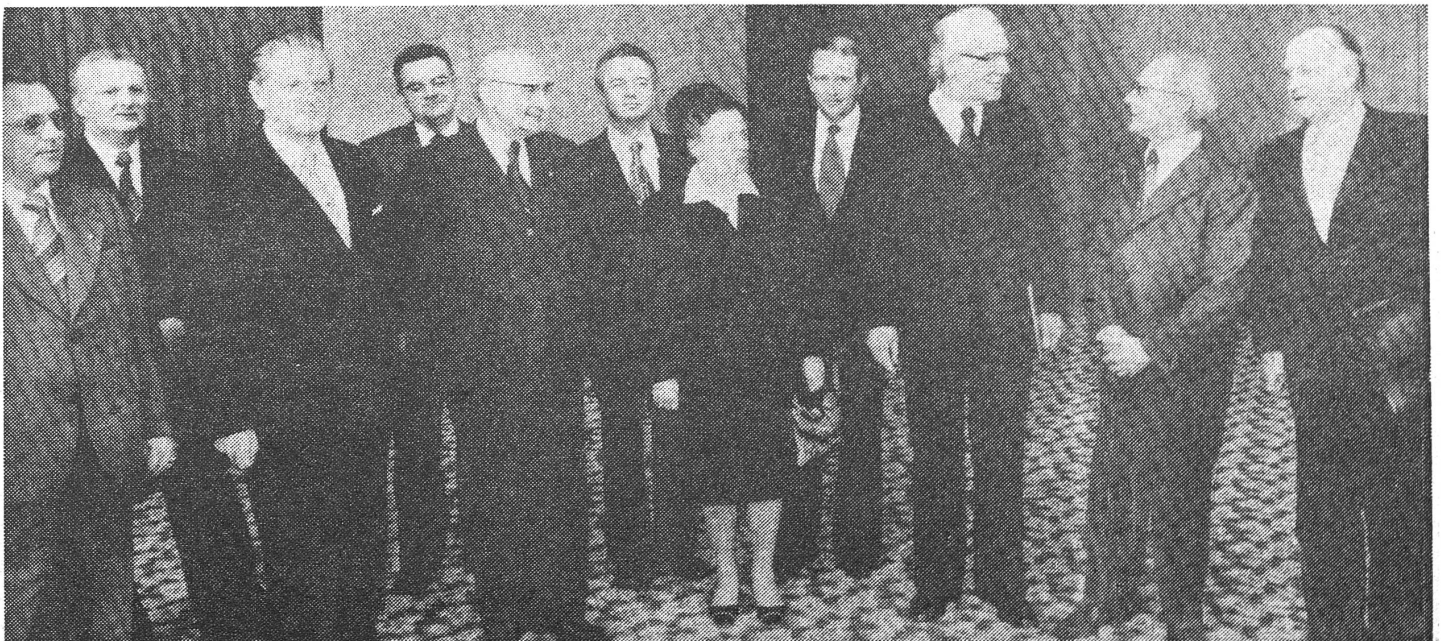


Bleibender Eindruck: Pfarrer Brüsewitz.

Die Gläubigen bewahren sich die Freiheit des Unglaubens (an die Partei)

Ob das Ostberliner Gespräch nur ein Schachzug der Parteihierarchie ist, um die wachsende Unzufriedenheit unter der ostdeutschen Bevölkerung einschliesslich vieler Christen einzudämmen, werden die kommenden Monate und Jahre zeigen. Zudem befürchten Gemeindekreise, dass die kirchliche Obrigkeit sich von der Gemeindebasis immer weiter entfernt — trotz der Warnung durch Pfarrer Brüsewitz — und wider Willen in ein Thron-Altar-Verhältnis hineinmanövriert wird. Diese Befürchtungen gilt es seitens der Kirchenleitungen zu zerstreuen.

Soweit zu erkennen ist, stehen viele Gemeindeglieder mit ihren Pfarrern kritisch zu den scheinbar selbstlosen Zugeständnissen der SED, bis sie vom Gegenteil im Alltagsleben überzeugt werden. Damit aber würde die Partei ihrem eigenen Wesen einer «Diktatur des Proletariats» untrenn. ●



Honecker mit den evangelischen Kirchenvertretern beim überraschenden Gespräch im März.